

Welche Zukunft hat die Soziale Marktwirtschaft?

VORTRAG VON STAATSSSEKRETÄR A. D. FRIEDHELM OST

I.

In diesem Jahr haben wir es gleich mit mehreren Gedenktagen zu tun: Am 23. Mai feierten wir "60 Jahre Grundgesetz". Am 1. September blicken wir zurück auf den Beginn des schrecklichen Zweiten Weltkrieges, der 1939 von Adolf Hitler mit dem Überfall auf Polen begann. Am 9. November ist es 20 Jahre her, dass die Mauer in Berlin geöffnet wurde.

Nicht wenige haben in der letzten Zeit immer wieder auch an das Jahr 1929 erinnert – an das Jahr, als die Große Depression der Weltwirtschaft begann.

Was vor 80 Jahren in den USA seinen Anfang nahm und dann die Weltwirtschaft mit in den Abgrund riss, drohte sich fast zu wiederholen. Am Anfang der Krise – etwa vor einem Jahr – dachten viele, es handele sich lediglich um eine Immobilienkrise in den USA; dann hielten sie es für eine Krise einiger Banken, für eine Börsenkrise und für eine Finanzkrise. Inzwischen wissen wir, dass dieser Krisenvirus sich mit großer Schnelligkeit global ausgebreitet hat. Nahezu alle Länder sind davon hart betroffen – insbesondere auch Deutschland, das als bisheriger Exportweltmeister sehr stark in die Weltwirtschaft integriert ist.

Die Wirtschaftskrise findet zeitgleich in 6,5 Milliarden Köpfen statt, schrieb vor kurzem Der Spiegel: "Es ist das größte Psychodrama der Weltgeschichte. Erlebnisse und Fernsehbilder verdichten sich zu Erwartungen, aus Erwartungen werden Ängste; diese prägen derzeit das Geschehen auf allen Märkten. Sie prägen es mehr als die Politi-

ker und Notenbanker mit ihren Reden und Programmen."

Immer neue Hiobsbotschaften aus Banken und Unternehmen, von Daimler ebenso wie von Thyssen-Krupp, ja von fast allen wichtigen Branchen – von Maschinenbau bis hin zur Stahlindustrie – wirken geradezu erschreckend: Die Weltwirtschaft befindet sich in der tiefsten Rezession unserer Lebenszeit, verursacht von einer Finanzkrise und vertieft durch den Zusammenbruch des Welthandels.

Gewiss, im Vergleich zur großen Depression von 1929/ 1932 sind wir derzeit von den dramatischen Dimensionen noch ein Stück entfernt: Damals betrug die Arbeitslosenquote 25 bis 30 %; heute liegt sie bei etwa 10 %. Damals verloren die Aktien bis zu 85 % ihres Wertes; heute wird ein Verlust von rund 40 % im Schnitt registriert. Damals vor 8 Jahrzehnten schrumpfte die Wirtschaftsleistung großer Volkswirtschaften um jährlich etwa 30 %; derzeit haben wir es mit Rückgängen beim Bruttoinlandsprodukt wichtiger Industrieländer um 3 bis 6 % zu tun. Zwischen 1929 und 1932 gingen über 5.000 Banken in den Konkurs; in der aktuellen Krise waren es bislang insgesamt etwa 50 Kreditinstitute die geschlossen werden mussten.

Damals nahm die Armut auch in Deutschland von Woche zu Woche dramatisch zu: Millionen Menschen waren als Krisenopfer auf kärgliche kommunale Sozialhilfe angewiesen; es gab vor 80 Jahren keine nennenswerten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und keinen Sozialstaat, der

heute quasi wie ein automatischer Stabilisator wirkt – etwa mit Hilfen für Kurzarbeiter und Arbeitslose, in der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung. Insofern gibt es große Unterschiede zwischen der Großen Depression 1929/ 1932 und der heutigen Krise.

Damals war das Elend weit verbreitet und wirklich groß; heute grassieren Angst und Sorgen um Vermögen, Arbeitsplätze und die weitere Entwicklung. Damals herrschte ein freier, weitgehend ungebändigter Kapitalismus in den USA und in Europa. Der Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt, die sogenannte Staatsquote, betrug zum Beispiel in den USA gerade einmal 10 % gegenüber 40 % heute; in Deutschland liegt die Staatsquote derzeit sogar bei fast 45 %. Damit verfügt die Politik über Kräfte, die sie nun im Kampf gegen die Krise einsetzen kann – und auch kräftig mobilisiert.

Zum anderen flüchteten vor 80 Jahren fast alle nationalen Regierungen in eine "beggar my neighbour – Politik"; jeder Staat betrieb seine Politik ohne Rücksicht auf andere Länder. Heute in der Globalisierung erleben wir doch enge Konsultationen und Kooperationen; die wichtigen G8- bzw. G20-Staaten, der IWF, die EU-Länder, die Notenbanken, die OECD und andere stimmen sich über die Krisen-Strategie ab, vereinbaren gemeinsame Schritte und Konzeptionen. Das gibt Anlass zur Hoffnung, zumal das Krisenbeben nach wie vor anhält und die großen Probleme im Finanzbereich sowie in der Realwirtschaft noch längst nicht gelöst sind.

Ohnehin wird die Welt von verschiedenen Krisen geschüttelt und bedroht:

1. Die Risiken des internationalen Terrorismus sind geradezu unkalkulierbar. Es bedarf großer Anstrengungen sie einzugrenzen und sie zu verringern.
2. Hinzu kommen Bedrohungen durch die mögliche Proliferation nuklearer Waffen durch Länder wie der Iran oder Nordkorea.
3. Der Blick nach Afrika und Asien zeigt, dass die Zahl der sog. "failing states" zunimmt. Korruption, Repression, Banden-

herrschaft, Vertreibung und Mord gehen damit oft genug einher. Die Piraterie erlebt in einigen Regionen eine unerfreuliche Renaissance – mit negativen Folgen für die internationale Schifffahrt.

4. Der Klimawandel ist längst Realität. Natur-Katastrophen mit riesigen Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Missernten sind als Krisenergebnisse bereits Jahr für Jahr sichtbar.

5. Die Migration nimmt weltweit zu. Der Druck aus Afrika in Richtung Südwesteuropa hat sich zum Beispiel kräftig erhöht.

6. Derzeit leben gut 6,5 Milliarden Menschen auf der Erde. Während in den entwickelten Staaten die Bevölkerungszahlen rückläufig sind, haben wir in Asien, wo bereits etwa 50 % aller Menschen der Welt leben, in Afrika und Lateinamerika steigende Geburtenzahlen zu registrieren. Die Demographie-Krise wird weltweit zu riesigen Problemen führen – wenn auch zu sehr unterschiedlichen.

7. Der Kampf um die natürlichen Ressourcen ist längst eine globale Herausforderung. Dabei geht es nicht nur um die Energiequellen, um Öl und Gas oder um Metalle, sondern vor allem auch um Wasser. Über 1 Milliarde Menschen auf unserem Globus verfügt derzeit nicht über sauberes Trinkwasser. Viele Regionen drohen zu versteppen und bieten keine Chance für die Landwirtschaft, weil es dort zu wenig oder gar kein Wasser gibt.

Dies alles wird durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise natürlich in ganz besonderer Weise verstärkt. Die Verstaatlichung von Banken, die Insolvenzen zahlreicher Unternehmen, die staatlichen Rettungs- und Stützungsaktionen von Firmen in den USA und in Europa sowie eine öffentliche Verschuldung in bislang nicht gekanntem Ausmaß sind nicht zu übersehende Zeichen einer internationalen Instabilität. Zugleich macht das globale Krisenszenario mehr als deutlich, dass keine dieser Krisen national gelöst werden kann, sondern nur international. Und die multipolare Welt von heute hat es zudem mit neuen wichtigen Akteuren zu tun: Man denke hier zum Bei-

spiel nur an die BRIC-Staaten, also an Brasilien, Indien und China sowie Russland. Gerade wir Deutschen mit einem hohen Export, von dem etwa ein Drittel unseres Wohlstandes abhängt, und mit großer Abhängigkeit von wichtigen Importen – vom Öl über Erze bis hin zum Kaffee – sind extrem angewiesen auf eine funktionierende Weltwirtschaft, auf ein möglichst freies Welthandelssystem und ein berechenbares Weltfinanzsystem.

Eines steht indessen schon heute fest: Die Welt wird nach der Finanz- und Wirtschaftskrise anders dastehen als zuvor. Es wird lange Zeit brauchen, um das Vertrauen und die Sicherheit im internationalen Bankensystem wiederherzustellen. Es wird nicht nur im Finanzbereich, sondern auch in der Realwirtschaft gewaltige strukturelle Veränderungen geben. Die Folgekosten, die die weitestgehend richtigen und wichtigen staatlichen Feuerwehreaktionen erfordern, werden die öffentlichen Haushalte noch lange Zeit belasten.

II.

Ich halte den Begriff "Krise", obwohl ich ihn immer wieder selbst benutze, für nicht ausreichend, um das zu beschreiben, was wir in Deutschland und in der Welt seit dem Herbst 2008 erleben. Vielmehr haben wir es hier "mit einer tief greifenden Zäsur, ja mit einer Epochenwende zu tun" – wie es jüngst auch ein Finanzminister erklärte. Manchen Zeitgenossen wird dies allein schon angesichts der Dimensionen deutlich: Eine Milliarde ist in diesen Zeiten zur kleinsten Recheneinheit geworden, wenn es um staatliche Interventionen – um Bürgschaften, Kapitalhilfen, Staatsbeteiligungen, Konjunkturprogramm u. ä. – geht. Allein hier in Deutschland wurden staatliche Hilfen zur Stabilisierung des Bankensystems in der Dimension von 500 Mrd. Euro in kürzester Zeit beschlossen. Bundeskanzlerin Merkel garantierte alle Einlagen der Sparer in Höhe von rund 550 Mrd. Euro. Zwei Programme zur Stabilisierung der Konjunktur wurden von der Bundesregierung aufgelegt; das Volumen beträgt gut 80 Mrd. Euro. In den USA, Japan, China und anderen Ländern sind die entsprechenden Schritte noch wesentlich höher dimensioniert. Gleichzeitig

haben die Notenbanken die Leitzinsen auf ein historisches Tiefstniveau gesenkt. Nach der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers hatte die Welt in einen tiefen Abgrund geblickt; danach ging es nur noch darum, eine systemische Krise, ja den Kollaps des globalen Bankensystems, den Run auf die Bankschalter, das Zusammenbrechen von Banken möglichst zu verhindern. Denn die Unterbrechung des finanziellen "Blutkreislaufs" hätte unweigerlich zu einem Kollaps mit kaum zu beschreibenden Konsequenzen geführt – auch und gerade hier bei uns in Deutschland. Die Bundesregierung mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel hat entschlossen und richtig gehandelt und unser Land vor einer drohenden Katastrophe bewahrt. Es mutet in diesem Zusammenhang schon mehr als komisch an, dass der Staat als "last lender of resort" für einen Bereich einspringen musste, aus dem in früheren Zeiten von einigen Repräsentanten Rufe nach "weniger Staat, weniger Regulierung und weniger Gängelei" besonders laut intoniert wurden. Es gab nicht wenige abgehobene Vorstandsherren in einigen Banken, die sich darin gefielen, Politik und Politiker anzugreifen, verächtlich zu machen oder gar mit Hämme zu überschütten – vor allem wenn es um die öffentliche Finanz- und Haushaltspolitik ging. Manche übervornehme Investmentbanker sollten spätestens jetzt im stillen Kämmerlein ihre dümmlichen Reden nachlesen und zumindest eine Bußwallfahrt nach Berlin – natürlich per pedes – machen. Zeit genug dürften die meisten Investmentbanker nun dafür haben. Denn – so hat es Bundesfinanzminister Peer Steinbrück kürzlich sarkastisch analysiert – früher waren die Vertreter der Investmentbanken als "Meister des Universums" an die Wall Street in New York gepilgert: "Heute gibt es keine einzige Investmentbank mehr an der Wall Street! Sie sind entweder pleite, haben sich verheiratet oder haben sich fortentwickelt in eine Universalbank. Aber es gibt keine dieser klassischen Investmentbanken mehr, die in der Krise zunehmende Schwierigkeiten hatten, sich auf den Kapitalmärkten zu refinanzieren – eben nicht über die Einlagen von Sparern, über den altmodischen, konservativen Weg."

Es ist bereits viel Kluges über die Ursachen der aktuellen Finanzkrise geredet und geschrieben worden; das muss hier nicht noch einmal ausgebreitet werden. Aber der tiefere Grund dieser Krise ist eine übertriebene "Bereichert euch-Mentalität"; es waren ein Denken und Handeln ohne Maß und Mitte, von dem sich nicht nur die Akteure auf den Finanzmärkten leiten ließen. Exzesse, Spekulation, sich selbst verstärkende Prozesse sowie teilweise auch Betrug und Täuschung waren zunächst im angelsächsischen Finanzsystem weit verbreitet – danach aber auch bei uns und anderswo; das Ganze wurde als "radikale Marktideologie" unter dem Slogan "mehr Kapitalismus wagen" propagiert. Dass dies mit der Sozialen Marktwirtschaft gar nichts zu tun hat, mag hier schon einmal festgehalten werden.

Die Kollateralschäden dieses "entfesselten Finanzkapitalismus", der im Desaster landete, sind gewaltig. Die Banken trauen sich nun gegenseitig nicht mehr; überall wirkt sich das schleichende Gift des Vertrauensentzuges aus – eines Vertrauensentzuges im Interbankenverkehr und darüber hinaus auch bei Investoren und Konsumenten. Der Sinn für Maß und Mitte, für Proportionen und Gleichgewicht, ist zudem nicht nur bei den Finanzmarktakteuren, bei den Anbietern von Anlage-Produkten verloren gegangen, sondern auch bei manchen Anlegern. Viele wollten hohe – oft zu hohe – Renditen und haben sich verzockt mit Produkten, in denen ungesicherte Hypotheken oder marode Kredite in verbriefter Form steckten. Solche Anlagen sind inzwischen vielfach Papiere ohne Wert und werden als toxisch bezeichnet; diese Wertpapiere ohne aktuellen Wert belasten vor allem die Bilanzen vieler Banken – und zwar in Höhe von vielen hundert Milliarden Euro. Auch die Bereinigung über die sog. "bad banks" ist nur mit Staatshilfe möglich und wird noch viele Jahre dauern.

Manche Finanzinnovationen haben sich als gefährliche, ja fast tödliche Bumerangs entpuppt. Selbst diejenigen, die mit der Parole "rules are for fools" auf totale Deregulierung der Finanzmärkte gedrängt hatten, suchen jetzt einen Platz unter staatlichen Schutzschirmen. Es sind bekanntlich hier nicht nur

Repräsentanten aus dem feinen Finanzgewerbe, die vom Staat Überlebenshilfe erwarten, sondern auch viele andere Unternehmen der Wirtschaft. Diese Finanzkrise wurde aber auch mit ausgelöst durch eklatantes Regulierungsversagen. Die Banker konnten nur deshalb so riesigen Schaden verursachen, weil die staatlichen Spielregeln es ihnen erlaubten und weil auch staatliches Handeln in der Gestalt einer Politik des billigen Zentralbankgeldes geradezu dazu einlud.

Die Wirtschaft ist nicht aus sich selbst heraus dazu in der Lage, die Spielregeln für das Wirtschaften und den Wettbewerb aufzustellen. Dies kann nur staatliche Politik. Der Staat ist zugleich der Schiedsrichter, der die Einhaltung der Regeln überwacht und jedes Foulspiel unterbindet. Denn das ist das Fundament für eine Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft – mit einem starken Staat, mit klaren Regeln, mit staatlicher Aufsicht, mit einem fairen Wettbewerb und offenen Märkten.

III.

Forschungsinstitute wie Bundesregierung – alle Experten sind sich in der Diagnose einig: Die Weltwirtschaft befindet sich in der tiefsten Krise seit der Großen Depression. Die deutsche Wirtschaft steuert durch die tiefste Rezession seit der Gründung der Bundesrepublik. Als Folge der Finanzkrise hat sich der globale Abschwung dramatisch verschärft. In diesem Jahr - so die Prognosen des Bundeswirtschaftsministers im Gleichklang mit anderen – wird mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 6 % gerechnet. Das bedeutet einen Wohlstandsverlust in Höhe von rund 150 Mrd. Euro. Die Auswirkungen der Krise auf Produktion, Einkommen und Beschäftigung sind außerordentlich negativ. Wegen der starken Konjunkturabschwächung wird die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr um etwa 450.000 ansteigen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie damit bei rund 3,7 Millionen liegen. Für das nächste Jahr rechnet der Bundeswirtschaftsminister mit einer weiteren kräftigen Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um etwa 900.000 auf rund 4,6 Millionen – und das, obwohl die Bundesregierung für 2010 eine wirtschaftliche Stabilisierung mit

einem Wachstum um ca. 0,5 % erwartet. Viele Firmen versuchen noch größere Entlassungen zu vermeiden und weiten die Kurzarbeit kräftig aus.

Trotz zahlreicher politischer Maßnahmen zur Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung sowie durch höhere Transferzahlungen werden die Realeinkommen sinken oder gar bestenfalls stagnieren. Deutlich verschlechtern wird sich die Finanzlage des Staates: das Budget-Defizit der öffentlichen Körperschaften dürfte im laufenden Jahr etwa 90 Mrd. Euro betragen; für 2010 ist gar ein Fehlbetrag von über 130 Mrd. Euro zu befürchten; die Defizitquote wird so von 0,1 % in 2008 auf 3,7 % in 2009 und auf 5,5 % in 2010 explodieren und damit deutlich das Kriterium von 3 % des Europäischen Stabilitätspaktes reißen. Mittelfristig ergibt sich daraus allein schon ein sehr hoher Konsolidierungsbedarf, zumal noch völlig ungewiss ist, wie stark die öffentlichen Haushalte durch die staatlichen Maßnahmen zur Rettung des Bankensystems und durch die Milliarden-Bürgschaften für andere Firmen belastet werden. Nach Opel stehen viele andere Firmen um staatliche Unterstützung bei der Bundesregierung und den Landesregierungen an. Die meisten dieser Unternehmen sind jedoch keineswegs durch die aktuelle Finanzkrise in Not geraten – weder Arcandor noch Schäffler, auch nicht Porsche. Ordnungspolitisch wären in unserer Sozialen Marktwirtschaft staatliche Hilfen für diese Unternehmen zumeist nicht zu gewähren. Es ist zudem auch ein Trugschluss, dass dadurch Arbeitsplätze zu retten und auf Dauer zu sichern wären. Aber vor allem in Wahlkampfzeiten wollen die meisten Politiker nicht unbedingt als "Gralshüter der Sozialen Marktwirtschaft" den Ludwig Erhard-Preis gewinnen, sondern viele Wählerstimmen. Solches politisches Handeln und der seit langem zu beobachtende Trend in Richtung Gefälligkeitsdemokratie sind Sünden gegen die Soziale Marktwirtschaft und gegen die Prinzipien dieser Ordnung; all das bringt nicht die erhofften ökonomischen und sozialen Erfolge, sondern führt zumeist zu großen Enttäuschungen. Und der Steuerzahler muss am Ende für solchen politischen Aktionismus "bluten". Bei allem staatlichen Krisen-Management muss man darauf ach-

ten, dass das Koordinaten-System der Marktwirtschaft nicht völlig verschoben wird.

IV.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trägt zu einer erheblichen Verunsicherung der Menschen bei. Allein bei uns in Deutschland haben 20 % der Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz und rechnen mit einer Verschlechterung ihrer persönlichen Situation. Hatten zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch gut 70 % der Bürger Deutschland als Land im Wohlstand gesehen und empfunden, so sind es jetzt nicht einmal mehr 50 %. Unsicherheit nährt Unzufriedenheit: Die Kritik an unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, an der Sozialen Marktwirtschaft, nimmt kräftig zu. Gerade noch gut die Hälfte unserer Bürger (59 % im Westen, 50 % im Osten) ist heute noch davon überzeugt, dass sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt hat und das richtige System für die Zukunft ist; vor einem Jahrzehnt waren es noch fast 70 %. Über 40 % der Deutschen, mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren, lehnen die Soziale Marktwirtschaft ab. 68 % halten die Verhältnisse in Deutschland im Großen und Ganzen heute für nicht gerecht; nur noch 16 % glauben, dass Besitz und Einkommen halbwegs gerecht verteilt sind.

Die Bankenkrise, die Korruptions- und Be-spitzelungsaffären in einigen Unternehmen, extrem hohe Managergehälter in der einen oder anderen Firma, Bonizahlungen und Abfindungen selbst für einige gescheiterte Vorstandsmitglieder, Defizite in den Aufsichtsgremien von Banken und anderen Unternehmen – aus all diesen Fakten ergeben sich das negative Stimmungsbild für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie eine "gefühlte Ungerechtigkeit und Ungleichheit".

Der langfristige Trend zeigt jedoch, dass die Ursachen des Verlustes an Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft tiefer liegen: Höhere Leistungsanforderungen, Globalisierungsprobleme, soziale Abstiegsängste – zum Teil auch in der sogenannten Mittelschicht –, stagnierende oder gar rückläufige Realeinkommen, geringere Verteilungsspielräume

des Staates – all das führt offenkundig dazu, dass sich viele Bürger zunehmend als Wohlstandsverlierer fühlen und dies auch mit ihrer Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck bringen. Zugleich fordern immer mehr Menschen – nämlich 60 %! – eine stärkere soziale Absicherung durch den Staat, während die Präferenz für mehr Eigenverantwortung erkennbar abgenommen hat. Parallel dazu ist das Ansehen von Unternehmen und Unternehmern gesunken, wenngleich noch nicht so tief wie das von Journalisten und Politikern. Die Wirtschaftskrise ist inzwischen zu einer massiven Vertrauenskrise geworden: Nur noch 21 % der Deutschen haben noch großes Vertrauen in die Banken, gerade noch 8 % vertrauen den Managern von Großkonzernen. Allerdings bekunden 76 % ihrem eigenen Arbeitgeber volles Vertrauen; noch nie zuvor rangierte das Vertrauen in den eigenen Arbeitgeber so weit oben, noch nie war das Ansehen von Spitzen-Managern so weit unten. Den mittelständischen Firmen und Familienbetrieben – hier arbeiten gut zwei Drittel aller Erwerbstätigen – werden soziale Verantwortung, regionale Verwurzelung, nachhaltiges Wirtschaften und ethische Grundsätze attestiert, während den Managern von Großkonzernen Renditewahn, börsengetriebene Sprunghaftigkeit, Unmoral und wenig Patriotismus angelastet werden. Vor allem Unternehmensgewinne werden inzwischen von knapp 50 % der Bevölkerung als "moralisch bedenklich und verwerflich" abgelehnt. Diese kritische Haltung hält die Bürger indessen nicht davon ab, im gleichen Moment hohe Erwartungen an die Unternehmen zu stellen, die ohne Gewinn nicht zu erfüllen wären: Neben der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sehen die Bürger in der gesellschaftlichen Verantwortung, Soziales zu fördern, sich finanziell für Kultur, Sport und Bildung zu engagieren sowie hohe Steuern zu zahlen, wichtige Aufgaben der Unternehmen. Das gesunkene Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft hat auch politische Ursachen. Schon seit längerem geht die Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System zurück, nimmt das Vertrauen in die Kompetenz der Politik ab. Gerade einmal ein Drittel der Bürger zeigt sich inzwischen noch züversichtlich, dass die Politik in der Lage ist,

die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Waren im Jahre 2001 noch drei Viertel der Deutschen der Meinung, unser politisches System funktioniere gut, hat heute nur noch etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land eine solche Einschätzung unserer Demokratie. Diese Trends stimmen nachdenklich und signalisieren Herausforderungen insbesondere an alle, die in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft unserer Republik besondere Verantwortung tragen. Denn damit stellt sich auch die Frage nach der Stabilität unserer Demokratie sowie unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Viele Menschen, die durchaus von unserer Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft profitieren, sind jedoch vielfach nicht bereit, sich dafür aktiv zu engagieren. Wir brauchen in unserer Republik weniger Miesmacher, sondern mehr Mitmacher für unsere Demokratie und für unsere Soziale Marktwirtschaft.

Ebenso wichtig ist ein aktives Mitwirken im sogenannten vopolitischen Raum, im Ehrenamt, in sozialen Einrichtungen und Institutionen. Die Wiedergewinnung von Vertrauen in unsere Demokratie und in unsere Soziale Marktwirtschaft muss zu einer Herzensangelegenheit aller Patrioten werden, um Deutschland wieder auf einen guten Zukunftskurs zu bringen, um mitzugestalten und um auch zukünftigen Generationen positive Chancen zu eröffnen. Letztlich geht es darum mit dem Missverständnis aufzuräumen, die Demokratie sei gewissermaßen "die Frau vom Vater Staat" – und gemeinsam hätten sich die beiden um die über 80 Millionen anspruchsvollen Einzelkinder zu kümmern. Angesichts übertriebener Egoismen und Ansprüche an die Demokratie wird oft vergessen, dass dem Einzelnen in Deutschland in der Regel auch nicht mehr als ein Achtzigmillionstel der politischen Aufmerksamkeit zusteht.

In der Wirtschaft – insbesondere für manche Teile des Finanzgewerbes – ist nach der Implosion der von Geldvermehrungssillusionen getriebenen Chimären-Ökonomie ein großer Katzenjammer ausgebrochen. Es herrscht eine Art Götterdämmerung, die zu einer Diskussion über die Notwendigkeit einer neuen moralischen Werteorientierung

der Wirtschaft im Allgemeinen und der Unternehmenskultur im Besonderen geführt hat. Eigentlich muss keine neue Werteordnung erfunden werden. Wirtschaftliches Handeln soll doch stets im Einklang mit dem eigenen Gewissen stehen und den Anforderungen der Gesellschaft entsprechen. Aufrichtigkeit, Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Sparsamkeit, Fleiß, Wahrhaftigkeit, Rücksichtnahme, dabei natürlich auch Gewinnstreben, aber unter Beachtung des rechten Maßes – solche Werte charakterisieren schon seit dem 14. Jahrhundert das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns. Dieses Leitbild hat die materielle und kulturelle Entwicklung Europas erst möglich gemacht. Thomas Manns Romanfigur des Lübecker Kaufmanns Johann Buddenbrook formulierte dies so: "Sei mit Lust an den Geschäften des Tages, aber mach nur solche, dass wir bei Nacht gut schlafen können." Und der große Unternehmer Robert Bosch hat dieses Leitbild in dem Spruch zusammengefasst: "Lieber Geld verlieren als Vertrauen!" Viele Unternehmer – gerade in mittleren und kleinen Firmen – befolgen nach wie vor diese Maximen, die möglicherweise nach den jüngsten Exzessen auch in hohen Bank-Etagen und Industriekonzernen eine Renaissance erleben werden. Wir brauchen überall einen neuen Aufbruch – einen Aufbruch, der geprägt wird durch ein vertrauensvolles Miteinander, durch eine klare Werteorientierung und durch das Ziel einer Teilhabe- und Verantwortungsgemeinschaft.

V.

Welche Zukunft hat nun die Soziale Marktwirtschaft? Hat diese Ordnung nicht versagt und die schwere Finanzkrise mit den verheerenden Folgen für die Realwirtschaft ermöglicht? Ist nun nicht der Staat als die wichtigste Reparatur-Werkstatt gefordert, um ein noch größeres Desaster zu vermeiden? Hat nicht der wilde Turbo-Kapitalismus in einer globalisierten Welt, die außer Kontrolle geraten ist, uns alle an den Abgrund getrieben? So wird seit einiger Zeit landauf, landab diskutiert – vor allem von jenen, die schon immer gegen die Soziale Marktwirtschaft Front gemacht haben, die den Untergang des Sozialismus und der Planwirtschaft nicht akzeptieren wollen und nun vor allem als Erben der SED in der "vereinigten Lin-

ken" mit Gysi und Lafontaine an der Spitze mit neomarxistischen Parolen durch's Land ziehen. Sie prangern den Kapitalismus vehement an, sie predigen die totale Gleichmacherei, Enteignung und Verstaatlichung sowie Regulierung. Man sollte diese Zuckungen von Neo-Sozialisten nicht überbewerten. Aber manche Parolen fallen doch auf fruchtbaren Boden, ja sie infizieren nicht zuletzt Zeitgenossen, die nach dem Godesberger Programm der SPD und mit dem einstigen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller die Soziale Marktwirtschaft akzeptiert hatten, ohne dass sie Ludwig Erhard wirklich zur Kenntnis genommen, geschweige denn verstanden hätten.

In der Sozialen Marktwirtschaft vereinigt sich das Prinzip der Freiheit mit dem des sozialen Ausgleichs innerhalb einer vom Staat gegebenen und gesicherten Rahmenordnung. So hat Professor Alfred Müller-Armack, der Schöpfer der Bezeichnung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor über 60 Jahren die Soziale Marktwirtschaft definiert und darauf hingewiesen, dass so eine friedliche Verschmelzung von Einzel- und Gemeinschaftsinteressen gelingt. Denn auf der Grundlage der Wettbewerbswirtschaft erbringt die Entschlusskraft der Einzelnen in einem von ihm frei erwählten Betätigungsfeld eine marktwirtschaftliche Leistung. Die staatliche Rahmenordnung sichert diesen Wettbewerb und zugleich die Umsetzung der Einzelleistungen in einem allen zugute kommenden gesellschaftlichen Fortschritt sowie einem vielgestaltigen System des sozialen Schutzes für die wirtschaftlich schwachen Schichten unseres Volkes. Gewiss: Wirtschaften an sich ist frei von moralischem Gehalt. Doch hinter dem Urteil, was zweckmäßig und nützlich ist, stehen nicht nur sachdienliche, sondern auch moralische Erwägungen darüber, was human, menschenwürdig ist und was nicht. Deshalb ist die Entscheidung, wie gewirtschaftet wird und welche Ziele den wirtschaftenden Menschen gesetzt werden, abhängig von den Wertvorstellungen, die für eine Gesellschaft richtungsweisend sind. In einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft wird das Ziel eben nicht durch jedes Mittel gerechtfertigt. Vielmehr ist es so: Nur durch Selbstdisziplin, Gerechtigkeits-

sinn, Ehrlichkeit und Fairness, durch Maßhalten, Gemeinsinn und Achtung vor der Würde des anderen kann der Mensch in seiner Doppelnatur – zum einen als ein auf sich gestellter Einzelner, zum anderen als ein zum Ganzen gehörender – zur Selbstverwirklichung kommen und eine stabile, lebendige und humane Gesamtordnung schaffen.

Unsere Soziale Marktwirtschaft hat tiefe ethische und religiöse Wurzeln; sie ist als Ordnung ganz in den Dienst der Freiheit und der Würde des Menschen gestellt, ja sie ist die "Zwillingsschwester" unseres Grundgesetzes, unserer freiheitlichen Verfassung. Sie ist nicht die total freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums und auch nicht das "freie Spiel der Kräfte", sondern eine sozial verpflichtende Marktwirtschaft, wie es Ludwig Erhard selbst beschrieb, "die das einzelne Individuum zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit oben an stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zukommen lässt." Das wesentliche und entscheidende Wesensmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist ihre zutiefst ethische Fundierung. Wilhelm Röpke, einer der geistigen Mit-Väter dieser Ordnung, hat vor mehr als 6 Jahrzehnten darauf hingewiesen und es so beschrieben: "Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch; das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott." Hierin liegt die wichtigste Besonderheit der Sozialen Marktwirtschaft, hiermit unterscheidet sie sich deutlich vom Sozialismus und auch vom Kapitalismus gleich welcher Prägung. Ethik wurde von Wilhelm Röpke als "der zentrale Anker der Sozialen Marktwirtschaft" hervorgehoben. Vor wenigen Wochen hat einer der profiliertesten deutschen Manager, Wilhelm Bonse-Geuking, der heute Vorsitzender der RAG-Stiftung ist, es allen Zeitgenossen mit folgenden Worten deutlich gemacht: "Weil ethische Grundsätze seit geraumer Zeit nichts gelten, kam es zu der gegenwärtigen tiefen Krise. Sie ist zu bewältigen und künftig zu verhindern, wenn sich jede Führungskraft in der Wirtschaft ihrer Verantwortung gegenüber dem ihr anvertrauten Kapital und der Gesellschaft, von der sie selbst abhängig ist, bewusst ist."

Dieser kurze Rückblick auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ist heute mehr denn je erforderlich: Sie ist das Gegenmodell zu jeder Spielart des Sozialismus und Kollektivismus, sie hat wenig mit totalem Liberalismus und schon gar nichts mit ungezügelter Kapitalismus zu tun. Vielmehr ist die Soziale Marktwirtschaft ein dynamisches System – keine Ideologie! – das durch eine Ordnungspolitik zu Freiheit und sozialer Gerechtigkeit führt. Grundlegend waren und sind für das Gelingen dieser Ordnungspolitik die Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität: Wer selbst etwas leisten kann, muss das auch tun. Dazu gehört wirtschaftliche Freiheit, dazu gehören eigenständige Entscheidungen und auch das Prinzip privater Haftung für die getroffenen Entscheidungen. Wer nicht selbst für sich sorgen kann, also krank, behindert, schwach oder alt ist, der darf auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen. Das Grundziel der Staatstätigkeit, soziale Sicherheit für alle zu garantieren, erfordert es, dass jeder Bürger auf Unterstützung vertrauen kann, wenn ihm Selbsthilfe nicht möglich ist oder wenn deren Erträge für eine menschenwürdige Existenz nicht ausreichen.

Für jeden, der die Soziale Marktwirtschaft richtig begriffen hat, ist klar, dass Freiheit stets an Verantwortung gebunden ist, ja dass Freiheit und Frieden quasi eine Symbiose bilden; denn Freiheit allein wird schnell zur Anarchie und Frieden allein kann rasch zur Friedhofsruhe werden. Gerade deshalb ist auch eine ausschließliche auf die Funktionsfähigkeit der Marktmechanismen ausgerichtete Politik nicht ausreichend. Aber auch schon dafür ist ein starker Staat gefordert, der den Wettbewerb sichert, der Verstöße gegen einen fairen Wettbewerb scharf sanktioniert, der klare Rahmenbedingungen für das Wirtschaften und Arbeiten festlegt – sei es mit der Steuer- oder Sicherheitspolitik, sei es mit der Umwelt- oder Forschungspolitik.

Ohne Übertreibung lässt sich heute feststellen, dass die Soziale Marktwirtschaft unserem Land seit der Gründung unserer Republik große Erfolge ermöglicht hat – und das trotz mancher Sünden, die immer wieder gegen die Prinzipien dieser Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung begangen wurden, die sich indessen mit manchen Fehlentwicklungen rächen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich im Wettbewerb der Systeme als überlegener Sieger behauptet. Die Plan- und Kommando-Volkswirtschaften – in der DDR ebenso wie im gesamten früheren Ostblock – sind total gescheitert. Wer noch Bedarf spürt, diese Systeme in der Praxis zu studieren, mag eine Reise nach Kuba oder Nord Korea unternehmen. Aber auch dort, wo man sich auf den Weg eines neuen ungebändigten Neo-Kapitalismus begeben wollte, ist man tief eingebrochen – wie etwa in den angelsächsischen Staaten – und hat viele andere allzu gierige Neo-Kapitalisten mit in den Abgrund gerissen. Gerade die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise ist Anlass zu einer ordnungspolitischen Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft – und zwar global wie national.

Wir Deutschen haben doch allen Grund für die Propagierung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung: Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufstieg aus Trümmern rasch möglich gemacht. Die Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949 ist vor allem ökonomisch gesehen eine Erfolgsstory:

In diesen 60 Jahren hat es einen gewaltigen Zugewinn an Wohlstand gegeben. Das verfügbare pro Kopf-Einkommen hat sich mehr als verfünffacht – auf rund 20.000 Euro. Die Arbeitszeit ist deutlich gesunken – von 2.400 Stunden pro Jahr auf durchschnittlich nur noch 1.350 Stunden. Die Wohnsituation hat sich deutlich verbessert: Noch 1965 standen pro Person im Schnitt kaum mehr als 20 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, heute sind es 43 Quadratmeter.

Weltweit wurde bereits in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts von dem "deutschen Wirtschaftswunder" gesprochen, obwohl es in Wirklichkeit kein Wunder, sondern die großen Leistungen von Unternehmern und Arbeitnehmern in dem weitgehend optimal funktionierenden System waren. Wir haben in unserem Land moderne und erfolgreiche Unternehmen aufgebaut. Es wurden produktive Arbeitsplätze geschaffen und gesi-

chert. Kapital und Arbeit fanden in einer großartigen Sozialpartnerschaft zusammen. Der Wohlstand in breiten Schichten der Bevölkerung nahm zu. Wir haben eines der besten Sozialsysteme der Welt aufgebaut. Von großflächigen Streiks, sozialen Unruhen oder gar Klassenkämpfen blieb unser Land verschont. Mit der friedlichen Wiedervereinigung nach über 4 Jahrzehnten schmerzlicher Teilung unseres gemeinsamen Vaterlandes haben wir einen geradezu einzigartigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Kraftakt geschafft. All das war doch nur mit der Sozialen Marktwirtschaft möglich! In Deutschland - auf knapp 1 % der Erdoberfläche – leben heute 82 Millionen Einwohner – das entspricht etwa 1,2 % der Weltbevölkerung; diese Zahl wird sich in den nächsten Jahrzehnten stark verringern, woraus sich für uns große demographische Herausforderungen ergeben. 36 Millionen Arbeitnehmer und 4,3 Millionen Unternehmer haben im Jahre 2008 ein Bruttoinlandsprodukt von rund 2.500 Mrd. Euro erwirtschaftet. Gut 7 % der Welt- Industrieproduktion findet in Deutschland statt. Deutschland war im letzten Jahr Exportweltmeister mit Ausfuhren in Höhe von rund 990 Mrd. Euro; - das entspricht etwa 10 % der weltweiten Exporte; zwei Drittel unserer Exporte gingen in die 26 EU-Partnerländer.

Deutsche gaben 2008 fast 35 Milliarden Euro für Reisen ins Ausland aus. Die Summe der Löhne und Gehälter betrug im letzten Jahr brutto 996, netto gut 640 Mrd. Euro – gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Plus von 3,1 %. 19 Mrd. Euro wurden von der Pflegeversicherung, 161 Mrd. Euro von der gesetzlichen Krankenversicherung und 238 Mrd. Euro von der Rentenversicherung ausgegeben; insgesamt betrug die Ausgaben der Sozialversicherungen 2008 fast 470 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften stiegen auf rund 540 Mrd. Euro, die öffentlichen Ausgaben auf 640 Mrd. Euro. Die Geldvermögen der privaten Haushalte beliefen sich per Ende 2008 auf über 5.000 Mrd. Euro; ebenso hoch dürfte der Wert des privaten Immobilienvermögens liegen. Pro Haushalt ergibt sich heute im Schnitt ein Gesamtvermögen von etwa 210.000 Euro. In der Ausstattung privater Haushalte mit Automobilen, Elektro-

nik- und Elektrogeräten sowie anderen Gebrauchsgütern liegen wir im weltweiten Vergleich in der Spitzengruppe. Für den Wiederaufbau Ostdeutschlands haben wir Deutschen seit 1989/ 90 rund 2.000 Mrd. Euro eingesetzt; das ist eine historisch einzigartige Gemeinschaftsleistung einer Nation.

Wir zahlen als Bundesrepublik Deutschland hohe Beiträge für Internationale Organisationen – an die EU ebenso wie an die UNO, für die Entwicklungshilfe ebenso wie für humanitäre Hilfen in Krisen- und Katastrophengebieten. Wir können dies alles für uns und andere nur leisten, weil wir es zuvor hier erarbeiten und zwar mit einer innovativen wie produktiven Kombination von Kapital und Arbeit, im Konsens zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, mit allen Risiken und Chancen im Wettbewerb hier in Deutschland und auf den globalen Märkten. Im Übrigen profitieren wir von dieser scharfen internationalen Konkurrenz als Konsumenten seit langem in hohem Maße: Wir kaufen preiswerte chinesische Kleidung oder koreanische Fahrzeuge, japanische Elektronik oder indische Software; die ausländischen Fabrikate haben Anteile auf den deutschen Märkten von 30, 50 oder sogar 80 %, weil sich die Verbraucher hierzulande dafür entscheiden – sei es wegen der Qualität, sei es wegen des günstigen Preises. Dass nicht wenige sich zugleich über diese ausländischen Wettbewerber beklagen, weil sie natürlich deutschen Firmen und Arbeitnehmern Aufträge und Beschäftigung streitig machen, ist zwar verständlich, aber für die global stärkste Exportnation mehr als anachronistisch. Der Wohlstand der Nationen resultiert vor allem aus der internationalen Arbeitsteilung und basiert auf den komparativen Kostenvorteilen zwischen den Ländern dieser Welt. Wer von der Globalisierung profitiert, muss zugleich die daraus resultierenden Herausforderungen annehmen, muss erkennen, dass sich der internationale Wettbewerb um Investitionen, Standorte und Kapital, Arbeitsplätze und Absatzmärkte im letzten Jahrzehnt wesentlich verschärft hat. Im Sport – bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen – erkennen wir alle an, dass die ersten Plätze und die Goldmedaillen nur an die Wettkämpfer ge-

hen, die mit neuen Kombinationen, mit Spitzenleistungen, mit Rekordzeiten, mit der größten Schnelligkeit und den besten Ergebnissen alles geben. In der Konkurrenz mit anderen Volkswirtschaften findet dieser Wettbewerb auf unserem deutschen Markt und auf den ausländischen Märkten Tag für Tag statt; um ihn weiterhin erfolgreich zu bestehen, müssen wir mehr denn je auf die Soziale Marktwirtschaft setzen: Wir müssen zum einen die humanen Ressourcen mit einer wesentlichen Qualitätssteigerung in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung verbessern, denn das wichtigste Kapital, über das wir in Deutschland verfügen, das sind die Menschen – und nichts anderes, denn wir verfügen kaum oder gar nicht über Energie- und Rohstoffquellen, die wir als Basis des Wohlstandes nutzen könnten. Ebenso brauchen wir tüchtige, innovative und risikofreudige Unternehmer, die in den Betrieben Arbeit und Kapital so erfolgreich miteinander kombinieren, dass ihre Dienstleistungen und Produkte auf den Märkten nachgefragt werden – hier in Deutschland ebenso wie in fernen Regionen. So wichtig dabei hoch- und höchstqualifizierte Mitarbeiter sind, so wichtig ist auch der Einsatz von Kapital. Denn die Investitionen für nur einen Arbeitsplatz in einer Autoreparaturwerkstatt belaufen sich inzwischen auf gut 250.000 Euro, für einen Arbeitsplatz in der Chemie oder in der Elektronikindustrie auf 1 Million Euro und mehr. Arbeit und Kapital sind also aufeinander angewiesen, das eine ist ohne das andere nutzlos; nur aus der richtigen unternehmerischen Kombination der beiden Faktoren entsteht letztlich Mehrwert, der für die Verteilung als Einkommen und Gewinn zur Verfügung steht, der für die Sicherung der Arbeitsplätze und neue Investitionen erforderlich ist. Alle Versuche, diesen wirtschaftlichen Prozess anders als in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu organisieren, sind fehl geschlagen: Der real existierende Sozialismus war alles andere als das verheißene "Arbeiter- und Bauernparadies" und endete in den Staaten, die ihn lange Zeit praktizierten, in einem Desaster. Der Kapitalismus, der sich mehr und mehr als Feudalismus entpuppte, in dem eine schmale herrschende Klasse die Arbeiter mehr oder weniger ausbeutete, ist gleichermaßen gescheitert.

Unsere Welt sieht heute – nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Entstehen neuer Weltwirtschaftszentren – völlig anders aus als vor etwa zwei Jahrzehnten. Es hat gewaltige Veränderungsprozesse gegeben – insbesondere in Mittel- und Osteuropa. Es sind ebenso enorme Veränderungen im Bereich des internationalen Kapitalverkehrs zu registrieren gewesen – mit völlig neuen Formen im sogenannten Banking-Sektor. Vor allem hat sich die Finanzkapitalwirtschaft mehr und mehr von der Güter- und Dienstleistungsökonomie gelöst; zum Teil hat sich eine Art von "Casino-Kapitalismus" entwickelt – mit "Wetten auf Wetten", mit Verbriefungsaktionen, bei denen immer höhere Renditen angepeilt wurden, ohne auf die Sicherheiten von Schuldnern zu achten, mit Objektfinanzierungen, die sich jeder Risikosteuerung entzogen.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr wurde von zahlreichen Akteuren weltweit gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bewusst oder auch unbewusst verstoßen; zu diesen Akteuren zählen Regierungen ebenso wie Banker, Notenbanken ebenso wie Politiker in vielen Ländern dieser Welt. Die schweren Sünden wider den Geist der Sozialen Marktwirtschaft rächen sich mit dieser globalen Krise, die eines ganz deutlich macht: Die Entwicklung der politischen Institutionen hat mit der wirtschaftlichen Dynamik während der letzten 20 Jahre nicht Schritt gehalten. Der Staat war deshalb nicht mehr in der Lage, jenen Ordnungsrahmen zu schaffen, der sicherstellt, dass die Aktivitäten privater Akteure zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führen. Diese schwere Finanz- und Wirtschaftskrise ist damit ein Ordnungsproblem par excellence, das gelöst werden muss. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat einst folgende Formel geprägt: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Daran sollten sich die verantwortlichen Politiker, die nun in allen möglichen Gremien wie G8, G20, im IWF auf der EU-Ebene usw. um Regeln für eine neue Ordnung der taumelnden Finanzwelt ringen, erinnern. Es muss hier um eine klare Absage an einen neoliberalen Marktradikalismus und an einen autoritären

Staatskapitalismus gehen. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Modell für die Welt, weil sie wie keine andere Ordnung wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich verbindet.

Die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft global durchzusetzen, ist die große politische Herausforderung der Gegenwart, die nur international bewältigt werden kann. Denn wir leben in einer globalisierten Welt, die gemeinsame Spielregeln benötigt – für den Bankensektor ebenso wie für die Umwelt, für den freien Handel ebenso wie für Mindeststandards zum Schutz von Arbeitern. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt sich seit einiger Zeit schon für eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung ein – für eine Ordnung, die den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft folgt. Die Zeiten nationaler Alleingänge und Egoismen, die Zeiten des Protektionismus und der nicht nichttarifären Handelshemmnisse müssen beendet werden, um die Weltwirtschaft, das internationale Währungs- und Finanzsystem sowie den Welthandel und das Weltklima positiv und nachhaltig zu gestalten. Unser Bundespräsident Horst Köhler hat jüngst von "gemeinsamen Menschheitsaufgaben" gesprochen, für deren Lösung wir eine "Ordnung in der Globalisierung, anerkannte Regeln und effektive Institutionen brauchen. Diese Ordnung muss dafür sorgen, dass globale öffentliche Güter wie internationale Finanzstabilität, Begrenzung der Erderwärmung und die Gewährleistung eines freien, fairen Handels gemeinsam definiert und bereit gestellt werden." Dabei geht es auch um die Verantwortung für globale Solidarität, ja um die globale soziale Frage. Das alles kann der Markt allein nicht richten. Vielmehr ist ein starker Staat gefragt, der dem Markt Regeln setzt und sie auch durchsetzt. Denn Marktwirtschaft lebt vom Wettbewerb und von der Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Sie lebt von Verantwortung und persönlicher Haftung für das eigene Tun. Sie braucht Transparenz und Rechtstreue. Auf all das müssen die Menschen vertrauen können.

Gerade die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bestätigt doch den Wert der Sozialen Marktwirtschaft: Sie ist mehr als eine Wirtschaftsordnung. Sie ist eine Werte-

ordnung. Sie vereinigt Freiheit und Verantwortung zum Nutzen aller. Deshalb spricht wirklich alles dafür, an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten – nämlich am Wettbewerb und Privateigentum, an der Vertragsfreiheit sowie an der privaten Verantwortung und Haftung, vor allem auch am Leistungsprinzip. Dazu gehören ein konsistenter Ordnungsrahmen und effiziente Regeln des Staates in einer wirtschaftlichen globalisierten Welt. Im Übrigen geht es nicht allein um Leistungen, die am Markt bewertet werden: Zu einer Gesellschaft mit menschlichem Antlitz gehören Lebensleistungen – wie etwa die der Mütter und Väter, die ihre Kinder erziehen, wie etwa derjenigen, die ältere, kranke und behinderte Menschen pflegen und betreuen; auch diese Leistungen, die nicht in das Bruttoinlandsprodukt eingehen, sind von großer Bedeutung und sollten von uns allen viel stärker gewürdigt werden.

Denn ohne diese Leistungen würden wir sehr schnell zu einer gepanzerten und egoistischen GmbH, zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die im reinen Materialismus "verkommen" würde. Gerade im Hinblick auf die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft ist ein breiter mentaler Wandel in jenem Bereich erforderlich, der "jenseits von Angebot und Nachfrage" liegt. Denn nur so lassen sich überzogenes Fürsorgedenken und wohlfahrtsstaatliches Verhalten durch mehr Eigenverantwortung und individuelle Einsatzbereitschaft ersetzen.

VI.

Wenn auch alle Argumente der Vernunft dafür sprechen, dass die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise nur mit einer echten Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft zu überwinden sein wird und wir global nur mit dieser Ordnung Wohlstand, Solidarität und Nachhaltigkeit erreichen können, so haben wir es derzeit nicht nur bei uns mit einer gesellschaftlichen Legitimationskrise zu tun. Die ökonomische Krise könnte sich zu einer Krise der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie auch des politischen Systems auswachsen. Niemand sollte dies unterschätzen. Im Mai diesen Jahres fürchteten 76 % der Bundesbürger, dass in dieser Wirtschaftskrise "das Schlimmste noch

kommen wird" – so ergab es der Deutschlandtrend von Infratest dimap. 57 % sorgen sich um ihre wirtschaftliche Zukunft, 40 % sehen sich unmittelbar von der Krise betroffen und auch die Angst um den Arbeitsplatz ist gewachsen. Zudem stellen die Menschen die Frage: Wer zahlt die Zeche? Die Verursachung der Krise und die Betroffenheit ihrer Auswirkungen – nämlich Kurzarbeit, Jobverlust, Vernichtung von Geldanlagen, Gefährdung der privaten Altersversorgung, Inanspruchnahme als Steuerzahler – fallen auseinander. Die Menschen hierzulande haben ein feines Gespür dafür, was sich verändert hat. Die einen verzichten auf vereinbarte Lohnerhöhungen und bekommen mit, wie "bad banker", gescheiterte Vorstände verschiedener Finanzinstitute, noch hohe Abfindungen und nachträgliche Boni kassieren. Es stellt sich die Frage nach der Lastenverteilung in dieser Krise. Denn Geld fließt nicht den Opfern zu, sondern vielfach den Problemverursachern, von denen einige nach staatlichen Hilfen rufen. Machen wir uns nichts vor: Wenn dann noch prominente Steuerflüchtlinge ertappt werden, wenn immer neue Korruptionsfälle in großen Firmen aufgedeckt werden, wenn Banker, die total versagt haben, mit Höchstpensionen abgefunden werden, dann haben wir es plötzlich mit einem giftigen Cocktail zu tun, den Populisten mit ihren Vorurteilen gegen die Soziale Marktwirtschaft und gegen unsere Demokratie zum Überlaufen bringen. 500 Mrd. Euro für die Stabilisierung des Bankensystems – dagegen werden andere Probleme ausgespielt: Verarmung in kinderreichen Familien, Abrutschen in der Mittelschicht, Ghettoisierung in Stadtvierteln, niedrige Sozialhilfe, Entwicklung von Parallelgesellschaften usw. Die schleichende Wahlenthaltung – bislang vor allem bei Kommunal- und Landtagswahlen – signalisiert einen politischen Vertrauensentzug gegenüber den etablierten Parteien. Die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität, der breite Konsens in unserer Gesellschaft – das alles ist ein hohes Gut, ja im Übrigen auch ein wichtiger ökonomischer Standortfaktor. Um dies auch in Zukunft zu bewahren, tragen die Eliten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verbänden eine hohe Verantwortung. Konsens statt Konfrontation – dies ist einer der wichtigsten Faktoren der

Sozialen Marktwirtschaft, die auf einem sozialistischen Gesellschaftsfundament basiert, auf einem Miteinander von Kapital und Arbeit, von Unternehmern und Arbeitnehmern, auf einem Füreinander der Starken mit den Schwachen.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen.

1. Wir müssen den tiefen Wirtschaftseinbruch überwinden. Die zwei staatlichen Konjunkturpakete bremsen die Talfahrt ab. Daneben wird die Steuerbelastung durch die Wiedereinführung der Entfernungspauschale und des Sonderausgabenabzugs der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge verringert. Die Abwrackprämie für ältere Autos hat wohl mehr einen Stroheffekt ausgelöst, wird jedoch im nächsten Jahr zu einer Nachfrage- und Produktionslücke führen. Es wird ohne Zweifel noch einige Zeit ins Land gehen, bis wir wieder Anschluss an einen mittelfristigen Wachstumspfad finden werden. Inzwischen mehren sich allerdings die Anzeichen, dass sich der fast freie Fall der deutschen Wirtschaft verlangsamt oder zu Ende geht; ja es gibt sogar einige Lichtblicke. Die Zukunftserwartungen sind jedenfalls in jüngster Zeit wieder besser geworden. Doch kann niemand damit rechnen, dass es so rasch wieder aufwärts gehen wird, wie es seit dem Herbst 2008 abwärts gegangen ist. Da wir als große Exportnation stärker als die meisten Volkswirtschaften von der globalen Konjunktur abhängig sind, wird erst ein kräftigeres Wachstum der Weltwirtschaft sich positiv für unsere Unternehmen auswirken; frühestens ist damit im Laufe des Jahres 2010 zu rechnen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im kommenden Winter wieder deutlich über die Marke von 4 Millionen steigen, obwohl viele Firmen versuchen, die Beschäftigungsprobleme zunächst mit Kurzarbeit zu meistern. Die Geldpolitik hat die Zinsen weltweit auf ein Rekordtief gesenkt und stellt den Banken reichlich Liquidität zur Verfügung. Die Gefahren, die sich daraus ergeben könnten, sind nicht gering: etwa die Bildung einer "neuen Blase" an den Finanzmärkten und ein Wiederaufflackern der Inflation.

2. Die staatliche Verschuldung muss deutlich zurückgeführt werden. Die Defizite der öffentlichen Gebietskörperschaften werden im laufenden und vor allem im nächsten Jahr Rekordhöhen erreichen – in den USA, in vielen anderen Staaten und auch bei uns. Die Milliarden-Konjunkturprogramme erfolgen "auf Pump". Die Wachstumseinbußen werden zu kräftig sinkenden Steuereinnahmen führen. Der steigende Schuldenstand engt aufgrund der immer höheren Zinsverpflichtungen den budgetären Aktionsspielraum für eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik ein. Die Staatsschulden belaufen sich inzwischen auf fast 1.600 Mrd. Euro und werden bis 2011 auf rund 2.000 Mrd. Euro steigen; deshalb ist es so wichtig, dass eine "Schuldenbremse" ins Grundgesetz geschrieben wird, die dem Bund eine Schuldenobergrenze von 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes noch erlaubt; die Länder dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr machen. Die Möglichkeiten für Steuerentlastungen sind deshalb sehr gering – es sei denn, dass Spielräume durch kräftige Einschnitte auf der Ausgabenseite geschaffen werden. Überfällig wäre jedoch die Umsetzung eines einfachen, transparenten und damit gerechteren Steuersystems, das vor allem die "kalte Progression" und den sog. Mittelstandsbauch beseitigt. Wie werden nur mit großen Anstrengungen und Leistungen aus dem Wirtschaftstal herauskommen können. Leistung muss sich lohnen – nicht nur brutto, sondern auch netto, Gerade deshalb muss jeder finanzielle Spielraum genutzt werden, um die Leistungsträger unserer Gesellschaft den Facharbeiter, den Handwerker, den Gesellen, den Meister usw. – zu entlasten; ein richtiger Schritt ist schon das "Bürgerentlastungsgesetz", das ab 2010 die steuerliche Absetzungsmöglichkeit für Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vorsieht, was immerhin eine Entlastung von 9 Mrd. Euro bringt. Dennoch: Wenn die obersten 10 % der Steuerzahler mit jährlichen Einkünften von mehr als 70.000 Euro rund 54 % der gesamten Einkommensteuerlast tragen müssen, dann signalisiert dies eine Überlastung. Die untersten 20 % mit jährlichen Einkünften von weniger als 8.650 Euro tragen nur 0,3 % zum Einkommenssteueraufkommen bei: Vor diesem Hintergrund sind Überlegungen zur weiteren Um-

verteilung "von oben nach unten" purer Populismus. Die hohe Belastung der Leistungsträger wirkt sich gerade in dieser Hinsicht wachstumshemmend aus.

3. Die Soziale Marktwirtschaft hat vor allem dann eine gute Zukunft, wenn Unternehmer und Arbeitnehmer gleichermaßen von den Stärken dieser Ordnung profitieren. Deshalb gilt es den mittelständischen Betrieben politisch große Aufmerksamkeit zu widmen – etwa durch noch mehr Bürokratieabbau, Vereinfachung des kommunalen Auftragswesens, durch Starterzentren für Unternehmensneugründungen usw. Der Mittelstand ist das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft; ohne ihn hat sie keine Zukunft!

4. Innovation ist die beste Strategie für ein langfristiges Wachstum. Nur Unternehmen, die kontinuierlich Prozesse und Produkte verbessern, werden sich auf den Märkten im Wettbewerb behaupten können. Es gilt deshalb die Innovationskultur zu stärken: Dazu gehören das eindeutige Bekenntnis der Unternehmensführung zur Innovation und die Schaffung von Freiraum für "kreative Köpfe" sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung. Im Rahmen der Konjunkturpakete ist gerade dafür von der Bundesregierung das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) für 2009 und 2010 um 900 Mio. Euro aufgestockt worden; dadurch werden die Mittel mehr als verdoppelt und die Chancen zur Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums erhöht. Angela Merkel hat in ihrer Berliner Rede am 4. Mai den Mittelstand als "die Stärke unserer Sozialen Marktwirtschaft" hervorgehoben und dies so begründet: "Hier stehen Unternehmer mit ihrem Vermögen für ihren Betrieb ein..."

Sie gehen an die eigene Substanz, um Arbeitsplätze, Produkte und Marktpositionen auch in schwierigen Zeiten nicht zu verlieren. Wir werden nur stärker aus der Krise herauskommen als wir hineingegangen sind, wenn unser Schwerpunkt heißt: Politik für den Mittelstand, ob es um Bürokratieabbau geht oder um steuerliche Erleichterungen. Es ist keine Zeit für Neiddiskussionen, son-

dern für Ermutigung für jeden in unserem Land."

5. Wir stehen in vielen Branchen vor oder schon in einem großen Strukturwandel. Das gilt für die Automobilindustrie, aber auch für den Einzelhandel, für die Stahlindustrie ebenso wie für andere Branchen. Diesen Strukturwandel kann eine Politik, die den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft folgt, nicht mit Dauersubventionen aufhalten, sondern nur mit flankierenden Hilfen begleiten. Alle Maßnahmen müssen marktkonform sein, dürfen den Wettbewerb nicht verfälschen und schon gar nicht zu Lasten anderer Konkurrenten oder anderer Branchen gehen. Der Staat ist im Übrigen nicht der bessere Unternehmer. Was wir zum Beispiel im Bereich der Landesbanken erlebt haben, das zeigt das Versagen der öffentlichen Hand mehr als eklatant; für die Folgen muss der Steuerzahler eintreten. Im Übrigen wird es auch nach der staatlichen Stabilisierung der Banken, die zur Vermeidung einer systemischen Krise im Interesse der Allgemeinheit lag, eine Strukturbereinigung im Finanzsektor geben müssen.

6. Die großen demographischen Veränderungen werden in den nächsten Jahrzehnten vielfältige, zum Teil dramatische Folgen haben, die gemeistert werden müssen. Neue Weichenstellungen sind in der Familienpolitik, in der Bildungspolitik und in der Sozialpolitik sowie in vielen anderen Bereichen erforderlich.

Wenn Jahr für Jahr 80.000 junge Menschen den Schulbesuch abbrechen, 250.000 Schüler sitzenbleiben und 20% aller Jugendlichen die Fähigkeiten zum Erlernen eines Ausbildungsberufes fehlen, dann sind das verheerende Alarmsignale. Wir sind damit zum einen von einer Chancengleichheit weit entfernt, die doch ein wichtiges Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist. Zum anderen programmieren wir so „hohe soziale Reparaturkosten“ vor, denn vielen Menschen ohne Ausbildung und Qualifizierung bleibt nur der Weg zur Sozialhilfe. Höhere Investitionen in Bildung sind schließlich auch deshalb erforderlich, weil sich schon jetzt ein großer Mangel an Facharbeitern, Ingenieuren usw. aufgrund der Demographie abzeichnet. Oh-

ne die optimale Qualifizierung des „Human-kapitals“ verspielen wir ökonomische Wachstumschancen und damit volkswirt-schaftlichen Wohlstand sowie zugleich die Möglichkeit, unser Sozialsystem in Zukunft zu finanzieren.

7. Die sichere, kostengünstige und klima-freundliche Energieversorgung ist für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb ebenfalls eine Schicksalsfrage. Dabei geht es um be-zahlbare Energiepreise für Industrie, Ge-werbe und private Haushalte, um eine ver-lässliche und stetige Versorgung unseres Landes mit Energieträgern sowie vor allem auch um eine effiziente und klimafreundli-che Energieversorgung und -nutzung. Dies wird nur möglich sein, wenn wir alle verfü-gbaren Energieträger optimal kombinieren – Gas und Kohle, aber auch die Kernenergie und die Erneuerbaren Energien.

8. Eine leistungsfähige und wirtschaftliche Verkehrsinfrastruktur ist einer der wichtigs-ten Schlüssel für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze am Standort Deutschland. Die Globalisierung und das arbeitsteilige Wirtschaften werden weiter zunehmen. Wir werden davon nur profitie-ren, wenn wir über eine der besten und modernsten Verkehrsinfrastrukturen verfü-gen – mit einem dichten und leistungsfähi-gen Netz von Straßen, Schienen, Häfen und Luftverkehrsachsen. Um dies zu sichern, sind langfristige Investitionen zu leisten.

9. Die Soziale Marktwirtschaft trägt wie kei-ne andere Ordnung dazu bei, die Gegensät-ze innerhalb der Gesellschaft zu überwin-den. Die sozialen Fliehkräfte sind indessen auch bei uns in dem letzten Jahrzehnt grö-ßer geworden: Auf der einen Seite hat sich ein Teil der wirtschaftlichen Eliten mental und ökonomisch vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt. Ein anderer Teil – in den unte-ren Einkommensgruppen – entfernt sich ge-zwungenermaßen immer mehr vom Kern der Gesellschaft. Niemand kann bei genaue-rem Hinsehen das Auseinanderdriften zwi-schen den Lebenswelten leugnen. Auch und gerade bei den sog. Mittelschichten ist die Zufriedenheit mit der eigenen gesellschaftli-chen und wirtschaftlichen Lage im letzten

Jahrzehnt erheblich gesunken. Es wächst das Gefühl, dass es in unserem Land, in un-serer Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr sozial und gerecht zugeht.

Deshalb muss vor allem die Politik dafür sorgen, dass soziale Unterschiede nicht zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Für ein menschliches Leben sind Sicherheit, Bil-dungschancen und Gesundheit elementar. Dass jedermann daran teilhaben kann, das ist eine ganz wichtige Aufgabe de Staates, denn das leistet der Markt nicht. Dabei muss die Politik in unserer Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft von dem Leitbild des freien Bürgers ausgehen, der sein Le-ben in Selbstbestimmung und Selbstver-antwortung führt, dem der Staat nicht im Detail vorschreibt, wie er zu leben hat. Aber dieses Leitbild schließt auch ein, dass es Aufgabe des Staates ist, Sicherheiten gegen die elementaren Lebensrisiken zu gewähr-leisten. Freiheit und Sicherheit gehören zu-sammen – auch im 21. Jahrhundert.

10. Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Ideologie und kein statisches Modell, son-dern eine dynamische Ordnung, die ständig weiterentwickelt werden kann. Deshalb ist sie gerade heute und morgen das einzige richtige Modell – nämlich für eine Epoche, in der sich alles wandelt und in der sich die Veränderungen mit einer immer größeren Geschwindigkeit vollziehen. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind dazu fähig, flexibel Anpassungsprozesse in der Wirt-schaft zu steuern. Zugleich sorgt das Prinzip der Solidarität dafür, dass den Menschen auch Sicherheit im Wandel gegeben wird, dass soziale Aufstiegschancen eröffnet wer-den und dass niemand zurückgelassen wird. Die Sicherung des solidarischen Sozialstaa-tes ist und bleibt die große Herausforde-rung. Hier liegt im Übrigen ein großer Un-terschied zum "vorsorgenden Sozialstaat" und zum "Wohlfahrtsstaat", der rasch zum Fürsorgestaat ausufert, alles und jenes re-geln will und so in eine Anspruchsspirale gerät, die nicht zu finanzieren ist, die eine immer höhere Staatsverschuldung erfordert und damit in die politische Handlungsunfä-higkeit führt. Die Menschen wollen einen solidarischen Sozialstaat, auf den sie sich verlassen können – heute und auch in Zu-

kunft. Deshalb ist es richtig, eine Schuldenbremse für die Staatsfinanzen ins Grundgesetz "einzubauen". Denn es ist nicht sozial und schon gar nicht solidarisch, wenn der Staat sich immer weiter mit Rekordsummen verschuldet und diese Lasten den nachfolgenden Generationen aufbürdet. Im Übrigen ist zu beachten, dass die Marktwirtschaft nicht mit einer immer höheren Staatsquote noch stärker zurückgedrängt wird. Schließlich gilt es die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen gut Ausgebildeten und schlecht Qualifizierten, zwischen Einheimischen und Zuwanderern nicht immer größer werden zu lassen. Denn nur so sichern wir die Soziale Marktwirtschaft für die Zukunft. Sie ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie ist eine Gesellschaftsordnung mit hohen ethischen und moralischen Werten, sie ist eine Ordnung des Miteinanders, in der nicht nur jeder auf seinen Vorteil pocht, sondern in der alle gemeinsam auch das Ganze im Auge behalten – nämlich die Verantwortung für unser Land und die Welt, für die Umwelt und Kultur, für die ältere und die jüngere Generation, für die Schwachen hierzulande und in den Entwicklungsländern, für Ethik und Moral, für Maß und Mitte. Darin liegt die große Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem Kapitalismus und dem Sozialismus! So gesehen brauchen wir nicht nur eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, sondern eine globale Implementierung dieses Zukunftsmodells.

Die aktuelle Krise bietet somit eine große Chance – nämlich die Chance für eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft hierzulande und zugleich die Chance, die Soziale Marktwirtschaft global als Zukunftsordnung durchzusetzen.

Vor kurzem haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr niederländischer Kollege, Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, in einem gemeinsamen Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (18.3.2009) auf die internationale Entschlossenheit hingewiesen, die globale Nachfrage zu stimulieren und die Stabilität des Finanzsektors wiederherzustellen. Das Klima für eine internationale Zusammenarbeit - so schreiben die beiden Regierungschefs – "ist günstiger

denn je...Die Krise zeigt, dass manche Ängste vor einer ungezügelter Globalisierung nicht ungerechtfertigt sind. Doch sie zeigt auch, dass es in der heutigen Welt keine Alternative dazu gibt, die Globalisierung als Triebfeder für Wachstum und Beschäftigung und damit letztlich für die Förderung des weltweiten Wohlstands zu begreifen. Daher muss unser Ziel eine marktwirtschaftliche und soziale Weltwirtschaft sein, die ausgewogen, gerecht und nachhaltig ist."

Die Welt steuert in der Tat durch eine schwere Krise. Eine bessere Zukunft ist jedoch nur mit der Sozialen Marktwirtschaft zu erreichen, die Marktkräfte und Werte, Prinzipien und Regeln in einen neuen globalen Rahmen einbettet und die die Welt für neue Krisen weniger anfällig macht.